

Kampfpflicht Strafe:
Wer als junger Mensch vor
30, 40 oder bald 50 Jahren
für eine gerechtere Welt
oder ein neues ökologisches
Bewusstsein demonstrieren
ging, musste mit massiver
Gegenwehr rechnen.
Das ist heute anders.
FOTO: BETTMANN/CORBIS

Es lag Schnee, und es war kalt an diesem Morgen vor bald drei Jahrzehnten, im Januar 1987. Etwa 50 Demonstranten, darunter mein Freund Fritz Kuhn und ich, stapften durch ein Waldstück auf der Gemarkung Boxberg im Nordostzipfel von Baden-Württemberg. Genannt auch das „Madonnenlände“. Jeder suchte sich einen Baum aus und krazelte, soweit es das Geäst und die eigene Wendigkeit zuließen, so hoch wie möglich, und dort oben harren wir der Dinge, die da kommen sollten. Es ging um die Bäume, 9000 Stück. Sie sollten zugunsten einer geplanten Teststrecke des baden-württembergischen Premiunkonzerns Daimler-Benz gerodet werden.

Viele Anti-Pegida-Marschierer erleben ihren Protest vor allem als Wohlfühlerlebnis

Alle Gerichtsinstanzen hatten in jahrelangen Verfahren bis zum Bundesverwaltungsgericht die Enteignung von 400 Hektar Land für rechtmäßig befunden, gegen den Widerstand der bäuerlichen Eigentümer. Die Rodung war formalrechtlich in Ordnung. Trotzdem wollten wir mit unserer Baumbesetzung ein letztes Zeichen setzen: gegen die ökologischen Frevler, Wald und gutes Ackerland zu Gunsten der Interessen eines Großkonzerns zu enteignen und mit Beton zu versiegeln. Mit großem Polizeieinsatz wurden wir am Ende einzeln von den Bäumen gepflückt und abtransportiert; die Rodung wurde unter Polizeischutz generalstabsmäßig durchgezogen. Lange her.

Doch plötzlich sind die Erinnerungen wieder da: an die Wut des Protests und das Gefühl, auf der richtigen Seite zu stehen. Nach langer Abstinenz hat Deutschland in den vergangenen Wochen eine Wiederbelebung der Straße und des öffentlichen Raums erlebt. Auf der einen Seite die Pegida-Anhänger – darunter Fremdenhasser, Rassisten und Hooligans, die ihren Protest mit der an Hybris grenzenden Parole „Wir sind das Volk“ begründen. Die, um Stimmung zu machen und Nachrichtenwert zu schaffen, vor einer Islamisierung warnen – einer Islamisierung, die sich bei einer rationalen Analyse als Phantom herausstellt. Auf der anderen Seite: die Anti-Pegida-Marschierer. Wohlmeinende Menschen,

die den Rechten nicht die Straße überlassen wollen. Ihr Ziel ist es, eine weltweite und tolerante Gesellschaft sichtbar zu machen. Als Zivilgesellschaft, noch dazu untergeleitet bei den Repräsentanten des Staates, dominieren sie mit klarer Mehrheit das Geschehen. Sie vergewissern sich, dass sie auf der Seite der Anständigen stehen, und man tut ihnen gewiss nicht unrecht, wenn man annimmt, dass sie daraus auch ein Gemeinschafts- und Wohlfühlerlebnis ziehen.

Recht das?
Noch einmal zurück nach Boxberg. Die Schlacht um die Bäume hatten Fritz, die anderen und ich damals verloren, aber eine letzte Karte blieb im Spiel. In einer fünfjährigen Wanderung waren wir ein halbes Jahr zuvor nach Karlsruhe marschiert, ein kleines Häuflein von Demonstranten, darunter die Bauern, denen das Land weggenommen worden war. Unsere Verfassungsbeschwerden gegen die Enteignung und alle zuvor ergangenen Gerichtsentscheidungen hatten wir gut sichtbar über das nordbadische Land getragen und dem Bundesverfassungsgericht höchstpersönlich in Karlsruhe übergeben.

Der Kampf dauerte. Zehn Jahre Arbeit, mit Planfeststellungen und riesigen Aktenbergen, Demos, dazu Dutzende kleinerer und größerer Aktionen. Am 24. März 1987 hat das Bundesverfassungsgericht in einem aufsehenerregenden Urteil die Enteignung zugunsten des Konzerns für verfassungswidrig erklärt.

Wir hatten damals keine Chance, aber wir nutzten sie. In anderen Protesten – gegen die Startbahn-West in Frankfurt, gegen die Kernkraftwerke von Wyhl und Brokdorf, gegen die Wiederaufrüstungsanlage von Wackersdorf – rannten wir gegen Mauern, und die Republik erlebte die härtesten politischen Auseinandersetzungen seit Ende des Krieges. Die Geschichte gab uns erst Jahrzehnte später recht.

Dagegen hatten es die Anti-Pegida-Demonstranten von Anfang an leicht. Der große Rest der Gesellschaft gibt ihnen recht. Das ist einerseits gut so. Es ist allerdings auch gefährlich für die Sache, um die es geht.

Gut ist, dass erstmals seit langem wieder junge und ganz junge Leute für ein paar Stunden die Welt der sozialen Netzwerke hinter sich lassen und in der realen Welt Flaggge zeigen: für eine Gesellschaft, in der eine unterschiedliche Herkunft, Rasse oder Religion keine Rolle spielen dürfen. Für eine Zukunft, die nicht von Vorurteilen und Diskriminierung bestimmt ist. Trotzdem habe ich den Eindruck, dass die Freude verflüht ist.

Als wir in Boxberg auf die Bäume kletterten, waren wir eine sehr kleine Minderheit. Auf der anderen Seite standen übermächtige politische und administrative Mehrheiten und eine Justiz, die mit politisch motivierten Urteilen und im Schulterschluss mit der Industrie die Mächtigen ihr Ding durchziehen ließ. Einzig das Verfassungsgericht stellte diese Mehrheit damals für einen Augenblick ins Abseits. Ein Triumph. Der Rest aber war ein Kampf David gegen Goliath. Mit zahllosen Rückschlägen und Niederlagen. Drei Jahrzehnte dauerte dieser Kampf gegen den Primat der Industrie und für ein neues ökologisches Bewusstsein. Erst ganz am Ende war aus unserer kleinen Minderheit, die so lange als Zukunftsverweigerer diskreditiert worden war, eine politische Mehrheit geworden.

Warum schreibe ich das? Weil heute – und das ist der fundamentale Unterschied zu damals – eine Mehrheit gegen eine Minderheit protestiert. Die Repräsentanten des Staates reißen sich in diese Mehrheit ein, sie marschieren und skandieren mit der jungen Anti-Pegida-Bewegung gegen die islamophoben Betonköpfe.

Aber was ist Pegida? Als politischer Gegner ist die Bewegung kaum ernst zu nehmen,

das erkennt man schon daran, wie sich die Dresdner Führungsgruppe seit Tagen selbst zerlegt. Sicher, es braucht eine gewisse Grundüberzeugung und einen Abend Zeit, um sich diesen Leuten in den Weg zu stellen. Mut und Durchhaltevermögen gegen Widerstände aber braucht es nicht. Man muss sich nicht mal inhaltlich mit den Positionen von Pegida auseinandergesetzt haben und kann trotzdem guten Gewissens dagegen sein – die meisten anderen sind es ja auch.

Und so hat sich der Protest gegen Pegida und seine Ableger in der medialen Kommentierung irgendwann nur noch auf die quotenträchtige, aber inhaltsarme Frage konzentriert: Wer bringt mehr auf die Straße – wir oder die? Das Ergebnis ist eine Art Sportberichterstattung. Mit Politik hat die Auseinandersetzung so gut wie nichts mehr zu tun. Bei näherem Hinsehen sind sogar Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Blöcken zu erkennen.

Es braucht keinen Mut. Es braucht nicht einmal eine inhaltliche Auseinandersetzung

Die Pegida-Anhänger verteidigen in der Region Dresden ihren Status quo, den sie sich nach dem Zusammenbruch der DDR erarbeitet haben. Es gibt einen für ostdeutsche Verhältnisse stabilen Arbeitsmarkt mit nicht allzu hoher Arbeitslosigkeit, einen gewissen Wohlstand also; der Ausländeranteil in den Betrieben, Vereinen, Kneipen und Restaurants ist kaum wahrnehmbar. Manche verstehen dies als völkisch-deutsche Konforzone, in der sie sich gemütlich eingerichtet haben und die sie am liebsten einen Zaun ziehen würden.

Ausländische Touristen, die Geld in der Stadt lassen? Okay. Die hauen ja auch wieder ab. Ausländische Investoren und die Exportwirtschaft, die Arbeitsplätze schaf-

fen und halten? In Ordnung. Aber Verhältnisse wie in Duisburg oder Neukölln sollen um jeden Preis verhindert werden. Hinter allidem schlummert der Wunsch nach einer ausländerfreien Parallelgesellschaft. Die „Heute-Show“ im ZDF hat das sehr schön auf den Punkt gebracht: Was der Pegide nicht kennt, frisst er nicht!

Und der Anti-Pegide? Dem geht es irgendwie ähnlich. Der ist seit Dezember einmal die Woche aus dem Haus gegangen, um sich einzureihen: in die vermutlich größte und sicherste Demo, die unsere Republik je gesehen hat. Warum? Weil diese angebliche Volksbewegung in Dresden in Wahrheit ein völkischer Zwergenaufland ist, der mittlerweile kurz vor dem Kollaps steht. Weil keiner etwas riskiert, wenn er oder sie sich den „Volksverräter“-Schreihälsen entgegenstellt.

Bitte nicht falsch verstehen: Der Protest gegen Pegida war und bleibt richtig. Aber er verleiht auch zur Selbstzufriedenheit. Falls in den nächsten Tagen oder Wochen wieder Schluss sein sollte mit den Anti-Islam-Märschen, dann ist die Sache nicht ausgestanden. Weder sind die dumpfen Parolen aus den Köpfen gewichen noch sind die tieferliegenden Ursachen der wachsenden Fremdenangst wirklich erkannt und gebannt.

Wollen wir zum Beispiel weiter zusehen, wie im Mittelmeer Tausende erdentlich ertrinken? Wie sie an den Außengrenzen von Europa, etwa in Bulgarien, mit meterhohen Zäunen und Polizeikontrollen davon abgehalten werden, einen Asylantrag zu stellen oder nach Europa zu kommen? Oder startet Deutschland als führendes und reichstes Mitglied der EU die längst überfällige Initiative, eine Flüchtlingspolitik voranzutreiben, die humanitäre Mindeststandards für Unterbringung und Betreuung für alle Mitgliedsländer vorschreibt? Nimmt Europa die Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien und dem Irak end-

lich auf, anstatt sie den Schlepperbanden zu überlassen? Soll Deutschland in Syrien und im Irak intervenieren oder wenigstens Waffen liefern, um die der Mörderbanden des Islamischen Staats zu bekämpfen – ja oder nein? Wie stellen wir uns in Zukunft die Rolle der Banken und die Finanzordnung vor? Warum lassen wir es uns gefallen, dass Reiche immer reicher werden? Wie stehen wir zum Freihandelsabkommen TTIP?

Das sind die echten Fragen – die, wenn man sie auf der Straße stellt, ganz schnell dazu führen würden, dass sich die allermeisten Staatsrepräsentanten von den Demos verabschieden würden. Fragen, für die man Gefahr läuft, als Traumtänzer oder politisch naiv beschimpft zu werden. Auch von vielen Anti-Pegida-Marschierern, mit denen man zuletzt den großen Konsens zelebriert hat.

Wenn diese Jugend wirklich für Toleranz kämpfen will, muss sie größere Fragen stellen

Wenn der junge, politisch gerade erst aufgewachte Teil der Anti-Pegida mehr sein will als ein Sammelbecken für Gutgesinnte, wenn von diesen wöchentlichen Zusammenkünften etwas erhalten bleiben soll, eine echte Bewegung gar, dann darf sie nicht im Reflex auf Pegida verharren. Das muss sie die großen Zukunftsfragen aufgreifen und die politische Erneuerung durchsetzen, die wir damals, in Boxberg, Frankfurt und Brokdorf nur angestoßen, aber längst nicht erreicht haben.

Voraussetzung dafür wäre, sich auf komplizierte Inhalte und Mehrdeutigkeiten einzulassen. Es kommt ja nicht von ungefähr, dass eine vielversprechende politische Bewegung wie Occupy mangels Unterstützung so schnell von der Bildfläche verschwunden ist. Soll der Anti-Pegida-Bewegung, die gerade erst Fahrt aufgenommen hat, das gleiche Schicksal blühen?

Es ist erfreulich, dass die Zivilgesellschaft Flaggge gezeigt hat. Ich war kürzlich selbst bei einer Anti-Pegida-Demo in Stuttgart, mein erster Straßenprotest seit langem. Die Stimmung war gut. Aber genau das – dieses wohlige Gefühl – reicht nicht. Die außenpolitischen, ökologischen und sozialen Zukunftsfragen sind von anderem Kaliber. Um sie anzugehen, ist es mit einmal Singen in der Woche nicht getan.

Empört Euch richtig!

Die deutsche Jugend geht wieder auf die Straße. Doch anders als früher gibt es dafür Applaus von allen Seiten. Weil der Gegner so mickrig ist. Von Rezzo Schlauch